

Wortprotokoll zu TOP 1 A

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

102. Sitzung
13. Mai 2026

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 18.42 Uhr
Vorsitz: Andreas Geisel (SPD);
ab TOP 6: André Schulze (GRÜNE)

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Wir kommen zu

Punkt 1 A der Tagesordnung

Mündlicher Bericht des Senators für Finanzen zu den Ergebnissen der Steuerschätzung Mai 2026

Ich begrüße Herrn Senator Evers ganz herzlich! Ebenso Frau Staatssekretärin Mildenerger sowie die anderen Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung! – Vorab: Der Finanzsenator hat signalisiert, dass es bis kurz nach 13 Uhr im Ausschuss anwesend sein kann. Das kann gegebenenfalls dazu führen, dass wir Tagesordnungspunkt 1 B nach dem neuen TOP 2 A aufrufen, damit der Finanzsenator bis 13 Uhr noch Rede und Antwort stehen kann. – Ich setze Ihr Einverständnis voraus. – Lieber Herr Evers, bitte schön, Sie haben das Wort.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die mündliche Übermittlung der Ergebnisse der Steuerschätzung versteht sich als eine Art von Schnellmeldung. Der ausführliche Bericht ist auf dem Weg an den Ausschuss und für die nächste Sitzung auch beratungsfähig. Nichtsdestotrotz ist es mir, wie auch in den letzten Jahren, ein Anliegen, Sie über meine Einschätzungen dessen, was uns aus der Steuerschätzung aus dem Mai 2026 erreicht hat, nicht im Dunkeln zu lassen.

Ich muss Ihnen nicht darstellen, dass diese Steuerschätzung einmal mehr vor einem beachtlich dynamischen, geopolitischen Hintergrund erfolgt. Die Entwicklungen insbesondere im Nahen Osten und die Fortdauer des Konflikts mit der Sperrung der Straße von Hormus verbunden führen dazu, dass auch die volkswirtschaftliche Entwicklung in Deutschland perspektivisch in

deutliche Mitleidenschaft gezogen ist. Wir haben eine Abwärtskorrektur der Wachstumsprognosen bereits zu beobachten gehabt, die sich jetzt auch in der Steuerschätzung niederschlägt. Ich erinnere mich, dass ich auch schon früher davor gewarnt habe, dass möglicherweise die Prognosen des Bundes zu optimistisch angesetzt sein könnten. Die Steuerschätzung gibt mir jedenfalls in der Tendenz recht. Themen wie Energiepreisanstiege, Lieferkettenprobleme und auch die Unsicherheit bei Unternehmen und Verbrauchern haben Folgen. Das sind alles Entwicklungen, die die ohnehin bestehenden Probleme, was die konjunkturellen und strukturellen Schwächen Deutschlands im weltweiten Vergleich angeht, zum Ausdruck bringen. Wir haben selbst ohne den Irankrieg ein Potenzialwachstum von aktuell nur noch 0,5 Prozent und wenn wir parallel dazu die Entwicklung der Ausgaben vergleichen, ist klar, dass es für dieses Ausgabenniveau nicht reicht.

Das führt dazu, dass, wenn wir die Konjunkturprojektion des Bundes unterstellen, die Annahme zugrunde liegt, dass sich der Konflikt im Nahen Osten innerhalb des zweiten Quartals dieses Jahres entspannt – ich habe anfangs über eine sehr dynamische Lage gesprochen –, niemand weiß, ob es so kommt. Sollte der Konflikt andauern, wird es natürlich auch zu weiteren Folgen mit haushälterischen Auswirkungen im Jahresverlauf kommen. Noch einmal: Niemand weiß es. Aber es ist nicht auszuschließen und jedenfalls von mir auch nicht als unwahrscheinlich gesehen. Wenn man sich jetzt anschaut, dass bis vor Kurzem noch Schiffe in deutschen Häfen einliefen, die sich vor der Sperrung der Straße von Hormus auf den Weg gemacht haben, dann ist auch klar, dass, selbst wenn die Straße von Hormus ab morgen wieder offen wäre, die Probleme bezogen auf Lieferketten und bezogen auf Energiepreise noch bis weit in das nächste Jahr hineinwirken werden. Das wird nicht durch eine Öffnung der Straße von Hormus von einem Tag auf den anderen enden. Je länger der Konflikt dauert, desto größer werden auch die volkswirtschaftlichen Schäden sein.

In Zahlen ausgedrückt geht die bundesweite Steuerschätzung zunächst von Mindereinnahmen von rund 88 Milliarden Euro insgesamt im Schätzzeitraum aus. Davon rund 48 Milliarden Euro aus Rechtsänderungen und rund 40 Milliarden Euro aufgrund struktureller und konjunktureller Effekte. Zwei Drittel davon entfallen auf den Bund, das hat unter anderem mit dem Tankrabbat oder der Stromsteuerermäßigung für die Industrie zu tun. Die Herausforderungen auf Bundesebene sind also erheblich. Natürlich hat auch das Folgen für Länder und Gemeinden, da dies die Bereitschaft des Bundes an anderer Stelle verengt, den Ländern zusätzliche Spielräume in der angespannten Lage zu eröffnen.

Angesichts der hohen gesamtstaatlichen Auswirkungen sind wir in Berlin noch relativ glimpflich in der Steuerschätzung davongekommen. Gegenüber dem Haushalt ergibt die Steuerschätzung für das laufende Jahr ein Mindereinnahmenvolumen von 64 Millionen Euro, im kommenden Jahr von 187 Millionen Euro. Die Zahlen zeigen, dass jedenfalls von wachsenden Spielräumen nicht die Rede sein kann und dass sich im Gegenteil die Spielräume für die kommenden Jahre aus der Steuerentwicklung heraus schon weiter verengen werden, von vielen anderen Themen, die sich am Horizont abzeichnen, möchte ich noch gar nicht sprechen.

Warum ist Berlin glimpflich – in Anführungsstrichen – davongekommen? – Das erleben wir bei jeder Steuerschätzung, weil wir Steuerrechtsänderungen bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt haben, die der Bund erst jetzt in die Steuerschätzung einbezogen hat. Da sind wir gewissermaßen wie in den vergangenen Jahren einen Schritt voraus.

Das Thema Steuerrechtsänderungsgesetz für 2025 ist damit bereits berücksichtigt gewesen. Was uns noch beschäftigen wird, aber von uns auch bereits antizipiert ist, sind die Entwicklungen in der Einkommensteuer. Auch da wird natürlich eine Anpassung vorzunehmen sein. Es ist ja regelmäßig eine Anpassung an das Existenzminimum vorzunehmen. Auch das haben wir in der Haushaltsplanung bereits eingepreist. Die Steuerschätzung auf Bundesebene jetzt hat insofern auch keine negativen Auswirkungen auf die Annahmen des Landes Berlin, soweit wir sie im Haushalt getroffen haben.

Dass die Entlastungsprämie, die der Steuerschätzung noch mit zugrunde lag, nun nicht kommt, haben Sie zur Kenntnis genommen. Hier handelt es sich aber für das laufende Jahr ehrlicherweise um eine folgenlose Entscheidung und für die kommenden Jahre eine in den Auswirkungen überschaubare Entscheidung. Ob und inwieweit jetzt im Zuge des weiteren Verfahrens – – Der Bund wird ja möglicherweise den Vermittlungsausschuss anrufen, ich habe aus dem Koalitionsausschuss gehört, dass das Thema Entlastungsprämie nicht weiter verfolgt werden soll, diesen Bereich hätte man also aus der Steuerschätzung schon wieder herauszurechnen. – Das als kurze Schnellmeldung. Insbesondere zu den wesentlichen Zahlen und Auswirkungen für den Haushaltsvollzug des laufenden Jahres ergibt sich daraus keine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit. Wir haben ein Rücklagenvolumen, das uns noch ermöglichen würde, auf Entwicklungen dieser Art zu reagieren. Natürlich bleibt der Haushaltsvollzug auch zum Jahresende noch abzuwarten, aber ich glaube, die Entwicklung zeigt deutlich, wie dringend der Entscheidungsbedarf im Zusammenhang mit den laufenden Reformdebatten auf Bundes- und ehrlicherweise auch auf Landesebene bleibt.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Vielen Dank, Herr Senator! – Gibt es Wortmeldungen oder Fragen? – Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Ich glaube, die Gesamteinschätzung „glimpflich“ würde ich teilen, auch wenn, das haben Sie auch selber gesagt, die Frage, wie sicher eine solche Prognose sein kann, über allem schwebt. Ich habe trotzdem ein paar Fragen.

Sie haben in der Presseerklärung die Berliner Auswirkungen nur für die laufende Haushaltsperiode angegeben und nicht für den Finanzplanungszeitraum. Ich weiß nicht, ob Sie dazu schon mehr sagen können oder ob das dann in der Unterlage, die wir bekommen, enthalten ist. Ich fände es auch ganz gut, wenn Sie zur Größenordnung etwas sagen könnten. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Sie haben die Auswirkungen des Themas Entlastungsprämie überschaubar genannt. Aber vielleicht können Sie auch hier – – Es muss ja mit irgendeiner Zahl eingegangen sein. Ich weiß, es ist schwierig, das zu regionalisieren, aber mit irgendeiner Zahl ist das ja in die Steuerschätzung eingegangen. Deswegen müsste es in irgendeiner Form quantifizierbar sein. Daran hätte ich ein Interesse.

Zum Dritten gehe ich davon aus – aber dazu können Sie vielleicht auch etwas sagen –, dass die Anpassung der Konjunkturkomponente, die vorgenommen worden ist, Auswirkungen auf das Land und auf das zur Verfügung stehende Kreditvolumen hat. Sie müssen dann sagen, ob das in der Vorlage steht oder ob Sie dazu jetzt schon etwas sagen können.

Zum vielleicht zunächst Letzten: Es hat ja auch eine Sitzung des Stabilitätsrats stattgefunden und dort findet sich in der Berichterstattung darüber ein Satz bezogen auf die Länder, dass

insbesondere eine Stärkung des Potenzialwachstums gefordert wird – und zwar länderseitig, wenn ich es richtig verstanden habe. Sie waren ja wahrscheinlich bei der Sitzung des Stabilitätsrats dabei – weiß ich nicht, oder vielleicht die Staatssekretärin –, vielleicht können Sie etwas dazu sagen, was der Hintergrund und vor allen Dingen die Vorstellung hinter einer solchen Erwartung ist, womit das verbunden sein könnte.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Ich schlage vor, dass wir zunächst sammeln. – Herr Schulze, bitte!

André Schulze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich ergänze auch nur: Vielleicht können Sie uns einen ersten Einblick geben, wie sich das über die Steuerarten verteilt. Es gibt ja einige, bei denen es naheliegend ist, ob es da irgendwo besondere Ausreißer gibt. In der Vergangenheit hatten wir das immer mal wieder, Stichwort Abgeltungsteuer, das war im letzten Jahr, dann hatten wir mal bei der Erbschaftsteuer oder Grunderwerbsteuer besondere Einzelfälle oder besondere Szenarien. Deswegen interessiert mich, ob es dieses Mal auch Besonderes gibt oder ob es einfach wirtschaftliche Entwicklung ist, die sich bei Unternehmens- und Einkommensbesteuerung niederschlägt.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Herr Kollege Schneider von der SPD-Fraktion!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich teile die Einschätzung, dass es für den laufenden Haushalt, zumal jetzt auch noch die Prämie umgerechnet wird, keine Veranlassung geben sollte, will das aber doch mit einer Aussage verbinden im Namen der Fraktion: Es kann ja sein, dass es jenseits der Steuerschätzung andere politische Visionen gibt, von denen man im politischen Raum hört, ich nenne ein paar Schlagworte, dafür bin ich ja bekannt: ICC, ZLB und Co oder sonstige Fantasien irgendwelcher Senatsressorts. Für den Fall, dass es solche Entwicklungen gibt: Das Berliner Abgeordnetenhaus hat schon einmal eine Verfassung geändert nach einer Wahl und vor Konstituierung. Wir arbeiten also. Wir laden den Senat herzlich ein, jenseits der Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen in die Zukunft, die wir nicht mittragen werden, zu einem Nachtragshaushalt in transparenter Verhandlung hier in das Abgeordnetenhaus zu kommen. Falls solche Wünsche existieren, die mir nicht bekannt sind, aber die sich ja möglicherweise entwickeln, es „klingelt“ hier auf den Fluren, würden wir sie in dieser Weise angesteuert wissen wollen.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Dann gibt es noch eine Wortmeldung von Frau Dr. Brinker von der AfD-Fraktion. – Bitte!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Schneider! Erstaunlich, genau diese Frage wollte ich auch stellen. – [Zuruf] – Na ja, die Frage stellt sich ja trotz allem, auch wenn ich durchaus auch teile, dass die Steuerschätzung für den jetzt aktuellen Haushalt okay ausgefallen ist, aber wir haben einiges vor der Nase, wir wollen einiges entscheiden, wir müssen einiges für Berlin entscheiden. Die Frage ist in der Tat, wie groß der Senat eigentlich die Wahrscheinlichkeit einschätzt, dass wir früher oder später dann doch vor einem Nachtragshaushalt stehen. Finanzplanung haben wir gestellt.

Die zweite Frage: Ich bitte um Erläuterung, Sie haben sehr auf das Thema externe Einflüsse angestellt, Straße von Hormus und so weiter. Klar, das sind gravierende Faktoren, die unsere

wirtschaftliche Lage beeinflussen, aber welche Komponenten sehen Sie denn auch bei innerdeutschen Problemlagen, die ja auch zu einer Verschärfung der Krise führen? Das ist die eine Frage. Die zweite Frage, die ich habe, lautet: Wir erleben ja doch derzeit leider auch in Berlin einen erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen. Wie bewertet und beurteilt der Senat diese aktuelle Situation gerade auch in Hinblick auf die Leistungsfähigkeit künftiger Haushalte? – Vielen Dank!

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Herr Schneider meldet sich noch einmal.

Torsten Schneider (SPD): Herr Vorsitzender! Ich habe vergessen, ich habe der Kollegin schon einen Hinweis gegeben: Wir bitten um ein Wortprotokoll.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Ist das in Ordnung? – Ja. – Herr Senator, bitte schön!

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin): Vielen herzlichen Dank! Ich beginne mit den Fragen von Herrn Zillich. Zunächst auf die Jahre 2028 und 2029 bezogen kann ich Ihnen die grobe Zahl übermitteln: Das sind minus 211 Millionen Euro und minus 195 Millionen Euro für die beiden Jahre. Es gab nachgelagert auch die Frage nach dem zulässigen Kreditaufnahmevermögen, also der Entwicklung der Konjunkturkomponente aus heutiger Sicht. Wollte man sich entscheiden, ein entsprechendes Kreditvolumen aufzunehmen, wäre es ungefähr das, was die Mindereinnahmen ausweisen.

In welcher Dimension sich die Entlastungsprämie auf die Berliner Steuerschätzung auswirkt, kann ich für das laufende und das kommende Jahr mit minus 17 Millionen Euro und minus 47 Millionen Euro in der Schätzung beantworten. Das heißt, es hat durchaus eine signifikant mindernde Wirkung, was die Belastung angeht, insbesondere für das kommende Jahr. Das war einer der Gründe, weshalb es auf Länderebene im Bundesrat so engagiert diskutiert worden ist und es ratsam gewesen wäre, im Vorfeld den Kontakt mit denjenigen zu suchen, die einen wesentlichen Teil der Rechnung am Ende hätten bezahlen sollen.

Zum Thema Potenzialwachstum hat es jetzt mehrere Fragen gegeben. Herr Zillich! Sie haben das Thema angesprochen, aber im Kern hat auch Frau Brinker auf die gleichen Fragestellungen abgehoben. Ich habe an verschiedenen Stellen auch schon der Konsolidierungsdebatten immer wieder deutlich gemacht, dass die lahmende wirtschaftliche Dynamik, die uns nun schon seit Jahren haushälterisch belastet und herausfordert, viel damit zu tun hat, was wir uns selbst an Standards, an gesetzlichen Verpflichtungen auferlegt haben, vieles davon bundesgesetzlich normiert. Einer der Gründe, warum die Bundesregierung so intensiv um Reformpakete ringt, ist, dass den Kollegen dort sehr bewusst ist, dass insbesondere die kommunale, aber nicht nur die kommunale Ebene extrem darunter leidet, dass der Kostenanstieg im Bereich dieser gesetzlichen Verpflichtungen, seien es Standards oder seien es Leistungsverpflichtungen, dazu führt, dass faktisch keine Spielräume mehr in den kommunalen Haushalten selbst für selbstverständlichste Dinge der Daseinsvorsorge vorhanden sind. Insofern ist das von meiner Seite ausdrücklich als weiterer, sicherlich entbehrlicher, Reformappell zu verstehen.

Herr Schulze hat angesprochen, auf welche Steuerarten sich das Minus im Wesentlichen verteilt: Das sind im Berliner Fall die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer und die veran-

schlagte Einkommensteuer. Wir sehen also tatsächlich einen Durchschlag der wirtschaftlichen Entwicklung. Das sind keine sonstigen, besonderen Effekte.

Die freundliche Einladung von Herrn Schneider werde ich dem Senat gern übermitteln. Ich bin nicht sicher, ob ich sie annehmen möchte. Für den Augenblick kann ich sagen, dass seitens des Senats kein Nachtrag geplant ist.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Vielen Dank! – Herr Zillich meldet sich zu Wort. – Bitte schön!

Steffen Zillich (LINKE): Wir sind ja gespannt, wie die Koalition bei den nächsten außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen reagieren wird und hoffen zumindest, dass sich die Qualität der Vorlagen ändert. Das sehen wir dann aber mal.

Sie haben dargestellt, dass sozusagen die Steuerschätzung aus Ihrer Sicht keinen direkten Einfluss auf den Doppelhaushalt hat, die Grundannahmen und die Frage, ob er in sich trägt. Das würde ich zunächst einmal teilen, will aber die Frage anschließen, weshalb dann der Senat außerplanmäßig Kapitalentnahmen für das laufende Haushaltsjahr diskutiert. Welche haushaltspolitische Notwendigkeit – – [Zuruf] – Na, BSR und Wasserbetriebe. – Dafür muss es ja eine Motivation, einen Grund geben, weshalb das jetzt notwendig ist. Insofern bitte ich da um Aufklärung, was der Hintergrund dafür ist.

Ansonsten zum Thema Nachtrag: Ich bin mir relativ sicher, dass es spätestens im November einen Nachtrag geben wird.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Ich sehe Stirnrunzeln. – Herr Senator, bitte!

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin): Vielen Dank! Zum letzten Thema möchte ich mich mangels eigener Prognosefähigkeit nicht äußern, aber begrüße natürlich die Zuversicht, die zum Ausdruck kommt, dass man nach der Wahl mit bestehenden Mehrheiten in aller Ruhe weiterarbeiten und auch zu Beschlussfassungen kommen kann. Wenn der Betrieb sich dadurch nicht aufhalten lässt, ist das ja für die Stadt eine ganz gute Botschaft, was Stabilität und Kontinuität im politischen Geschäft angeht.

Die Fragestellung, die ansonsten aufgeworfen ist, sollten wir vielleicht im Nachgang noch einmal erhellen, weil mir keine außerplanmäßigen, also nicht bereits in der Haushaltsplanung angenommenen Gewinnabführungen oder Kapitalentnahmen bekannt sind. Das müssen wir konkretisieren, damit ich dazu eine präzise Aussage treffen kann. Wir waren uns nicht ganz sicher, worauf Sie jetzt abgehoben haben.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Ich weiß nicht, was der Kollege Schneider mit der Kohle direkt vorhat. – Nein, es ist in Ausschüssen dieses Hauses diskutiert worden, dass es darüber Diskussionen gibt und es betrifft Beträge jenseits der Ansätze, deutlich jenseits der Ansätze, und es betrifft zwei große Anstalten öffentlichen Rechts und es macht insgesamt einen dreistelligen Millionenbetrag aus. So wurde es diskutiert.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Herr Evers!

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin): Der Senat spricht immer mit einer Stimme und wird es in diesem Fall am besten in der Form der schriftlichen Beantwortung von Fragestellungen tun. Dann sind wir auch alle auf sicherem Grund.

Stellvertretender Vorsitzender Andreas Geisel: Das ist weise. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist der Bericht zur Kenntnis genommen. Herr Evers, wir danken Ihnen!